

Ingenieurvertrag Technische Ausrüstung

zwischen

vertreten durch: _____

in: _____

Ansprechpartner: _____

Telefon: _____ Fax: _____

E-Mail: _____

- Bauherr -

und

(Vor- und Zuname und Berufsbezeichnung bzw. genaue Bezeichnung des Unternehmens)

vertreten durch: _____

in: _____

Ansprechpartner: _____

Telefon: _____ Fax: _____

E-Mail: _____

- Ingenieur -

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Gegenstand des Vertrages (Werkerfolg, Planungs- und Überwachungsziele, stufenweise Beauftragung)
- § 2 Allgemeine Pflichten des Ingenieurs und Spezifische Leistungspflichten
- § 3 Termine und Fristen
- § 4 Aufgaben des Bauherrn
- § 5 Vergütung
- § 6 Zahlungen
- § 7 Vergabe
- § 8 Haftpflichtversicherung des Ingenieurs
- § 9 Herausgabeanspruch des Bauherrn
- § 10 Kündigung des Vertrags
- § 11 Abnahme
- § 12 Verjährung
- § 13 Vollmacht und Vertretung / Personaleinsatz des Ingenieurs
- § 14 Änderungs- und Zusatzleistungen
- § 15 Sicherheitsleistung Ingenieur
- § 16 Schriftform
- § 17 Ausführungsbestimmungen und Anlagen zum Vertrag
- § 18 Rechtswahl und Gerichtsstand
- § 19 Kirchenaufsichtliche Genehmigung

§¹ 1 Gegenstand des Vertrages (Werkerfolg, Planungs- und Überwachungsziele, stufenweise Beauftragung)

1.1.0 Gegenstand des Vertrages sind die Leistungen der Technischen Ausrüstung für (Bezeichnung des Bauwerkes und Anschrift des Baugrundstücks):

Alternative 1

- ☐ ² **Beschreibung des Bauvorhabens** und der **Planungs- und Überwachungsziele** gem. § 650 p Abs. 1 BGB
(einschließlich Nennung entsprechender Anlagen, die zum Vertrag genommen werden;
z.B. Beschlüsse / Konzepte des Bauherrn, Vorgutachten, Kostenermittlungen usw.):

Alternative 2

- ☐ Konnten die Planungs- und Überwachungsziele bei Vertragsabschluss noch nicht ermittelt und vereinbart werden, sind sich die Vertragsparteien einig, dass der Ingenieur zur Ermittlung der Planungs- und Überwachungsziele zunächst nur die nachfolgend benannten Grundleistungen und hierzu eine Kosteneinschätzung im Sinne von § 650 p Abs. 2 BGB erbringt:

Grundleistungen _____

und dem Bauherrn zur Entscheidung vorlegt. Es gilt im Übrigen § 650 r BGB.

¹ § ohne Bezeichnung in diesem Vertrag sind § dieses Vertrages

² in den vorgesehenen Kästen ist das jeweils vertraglich vereinbarte zu kennzeichnen (durch Ankreuzen)

1.2.0 Kosten des Bauvorhabens

Alternative 1

- ☐ Für die Kosten der Baumaßnahme (Kostengruppen 200 - 600 nach DIN 276 in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung) steht ein maximales Budget von

_____ € (incl. Mehrwertsteuer) zur Verfügung.

Darauf entfallen auf die Kostengruppe 400 nach DIN 276 in der bei Vertragsschluss geltenden

Fassung _____ € (incl. Nebenkosten und Mehrwertsteuer).

Die Angabe der Kosten (Budget) ist nicht als Baukostenobergrenze als vereinbartes Leistungsziel zu verstehen.

Der Ingenieur hat seine Leistungen bezogen auf die von ihm zu bearbeitenden Kostengruppen so zu erbringen, dass das maximale Budget eingehalten wird.

Bei Änderungen des vereinbarten Werkerfolgs und der Planungs- und Überwachungsziele durch den Bauherrn ist das Budget durch schriftliche Vereinbarung anzupassen. Kann eine solche schriftliche Vereinbarung nicht erzielt werden, ist das Budget unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten in Folge der Änderung auf Grundlage üblicher Kosten im Sinne von § 4 Abs. 1 HOAI³ anzupassen (maßgeblicher Zeitpunkt für die Üblichkeit ist der Zeitpunkt, in dem die Änderung erstmals planerisch umgesetzt wurde).

Alternative 2

- ☐ Es wird eine Baukostenobergrenze für die gesamte Baumaßnahme (Kostengruppen 200 - 600 nach DIN 276 in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung) von

_____ € (netto) vereinbart.

Darauf entfallen auf die Kostengruppe 400 nach DIN 276 in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung _____ € (incl. Nebenkosten und Mehrwertsteuer).

Der Ingenieur hat seine Leistungen bezogen auf die von ihm zu bearbeitenden Kostengruppen so zu erbringen, dass die vereinbarte Kostenobergrenze eingehalten wird.

Bei Änderungen des vereinbarten Werkerfolgs und der Planungs- und Überwachungsziele durch den Bauherrn ist die Baukostenobergrenze durch schriftliche Vereinbarung anzupassen. Kann eine solche schriftliche Vereinbarung nicht erzielt werden, ist die Baukostenobergrenze unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten in Folge der Änderung auf Grundlage üblicher Kosten im Sinne von § 4 Abs. 1 HOAI anzupassen (maßgeblicher Zeitpunkt für die Üblichkeit ist der Zeitpunkt, in dem die Änderung erstmals planerisch umgesetzt wurde).

Alternative 3

- ☐ Es wird eine Baukostenobergrenze nach Abschluss und Freigabe der Entwurfsplanung (LPH 3) für den geschuldeten Werkerfolg als Planungs- und Überwachungsziel schriftlich vereinbart (vereinbarte Beschaffenheit). Kommt eine derartige schriftliche Vereinbarung nicht zustande, gilt als Kostenobergrenze die vom Ingenieur vertragsgemäß erstellte Kostenberechnung (für die Kostengruppe 400 nach DIN 276 in der bei Vertragsabschluss geltenden Fassung mit Nettokosten).

Bei Änderungen des vereinbarten Werkerfolgs und der Planungs- und Überwachungsziele durch den Bauherrn ist die Baukostenobergrenze durch schriftliche Vereinbarung anzupassen. Kann eine solche schriftliche Vereinbarung nicht erzielt werden, ist die Baukostenobergrenze unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten in Folge der Änderung auf Grundlage üblicher Kosten im Sinne von § 4 Abs. 1 HOAI anzupassen (maßgeblicher Zeitpunkt für die Üblichkeit ist der Zeitpunkt, in dem die Änderung erstmals planerisch umgesetzt wurde).

³ wenn in diesem Vertrag die HOAI erwähnt wird, ist die seit 01.01.2021 geltende Fassung gemeint

1.3.0 Bei Planung und Ausführung hat der Ingenieur sich unabhängig von den mit diesem Vertrag vereinbarten Leistungen auch über folgende Grundlagen zu informieren und sie einzubeziehen und einzuhalten:

- Das Kirchenbaugesetz – KBauG vom 15. November 2014 (KABl. S. 200), zuletzt geändert durch Kirchengesetz vom 27. Oktober 2018 bzw. in der bei Vertragsabschluss geltenden Fassung.
- Das Kirchengesetz zur Förderung des Klimaschutzes in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz bei kirchlichen Gebäuden (Klimaschutzgesetz – KISchG), vom 23. Oktober 2020
- VDI 6026
- AMEV-Richtlinien
- _____
- _____
- _____

Die in diesen Vorschriften und Unterlagen enthaltenen Anforderungen sind insgesamt und bei Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus diesem Vertrag zu beachten und umzusetzen.

1.4.0 Leistungsumfang / **Stufenweise Beauftragung**

Der Bauherr überträgt dem Ingenieur mit diesem Vertrag Leistungen der **Technischen Ausrüstung** für die Anlagengruppen

Nr.	Anlagengruppe	Gebäude/ Innenraum	Freianlage	Ingenieurbauwerk
1	Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen			
2	Wärmeversorgungsanlagen			
3	Lufttechnische Anlagen			
4	Starkstromanlagen			
5	Fernmelde- und informa- tionstechnische Anlagen			
6	Förderanlagen			
7	Nutzungsspezifische und verfahrenstechnische Anlagen			
8	Gebäudeautomation und Automation von Ingenieur- bauwerken			

und zunächst **nur** die **Grundleistungen** nach § 2.2.1 für

- die Leistungsphasen (LPH) _____

der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** (einschl. der Allgemeinen Leistungspflichten aus diesem Vertrag).

Hinzu kommen die **Besonderen Leistungen** nach § 2.2.2 aus der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** (zu den Grundleistungen der beauftragten Leistungsphasen in dem beauftragten Umfang).

Die Beauftragung weiterer Leistungen nach den §§ 2.2.1. – 2.2.2 oder einzelner Teile davon bleibt dem Bauherrn freibleibend vorbehalten. Solche weiteren Beauftragungen sind nur wirksam, wenn sie dem Ingenieur gegenüber schriftlich erklärt werden. Der Ingenieur bleibt zur Ausführung dieser weiteren Leistungen verpflichtet, wenn zwischen der letzten beauftragten und erbrachten Leistung und der schriftlichen Weiterbeauftragung nicht mehr als 6 Monate vergangen sind. Hintergrund für die 6-Monatsfrist ist der Umstand, dass bei kirchlichen Bauvorhaben regelmäßig kircheninterne Abstimmungen und Genehmigungen der an der Planung bauseits Beteiligten und der Nutzer und sodann die Zustimmung der Kirchengemeinde für die Weiterbeauftragung erforderlich sind. Deren Prüfung kann – u.a. wegen der Vielzahl der dort betreuten Bauvorhaben – einen größeren zeitlichen Rahmen in Anspruch nehmen, was die hier enthaltene Frist rechtfertigt.

Erfolgt die Weiterbeauftragung nach Ablauf der 6-Monatsfrist und beginnt der Ingenieur mit der Leistungserbringung, ohne sich auf den Ablauf der 6-Monatsfrist zu berufen, ist die Weiterbeauftragung ebenfalls wirksam und der Ingenieur zur Ausführung der weiteren beauftragten Leistungen verpflichtet.

Aus der stufenweisen Beauftragung kann der Ingenieur keinen Honoraranpassungsanspruch und keine Ansprüche aus § 642 BGB ableiten. Gleiches gilt, wenn die Weiterbeauftragung nach der hier vereinbarten Frist erfolgt und die Leistungen von dem Ingenieur erbracht werden.

§ 2 Allgemeine Pflichten des Ingenieurs und Spezifische Leistungspflichten

2.1. Allgemeine Leistungspflichten

Die hier genannten Leistungspflichten sind bei jeder der vereinbarten Leistungen und in jeder Leistungsphase von dem Ingenieur zu beachten und zu erbringen. Diese allgemeinen Leistungspflichten werden von der nach § 5 vereinbarten Vergütung erfasst und abgegolten.

2.1.1 Informations-, Hinweis- und Aufklärungspflichten

2.1.1.1 Der Ingenieur wird sich unabhängig von § 1.3.0 jederzeit und fortlaufend über etwaige landeskirchliche Vorgaben in Abstimmung mit dem Bauherrn informieren und diese bei der Leistungserbringung bis zur vollständigen Vertragserfüllung beachten und berücksichtigen.

2.1.1.2 Im Rahmen der vereinbarten Leistungen hat der Ingenieur die Pflicht, den Bauherrn über alle bei der Durchführung seiner Aufgabe wesentlichen Angelegenheiten zu unterrichten, die Auswirkungen auf den vereinbarten Werkerfolg und die Planungs- und Überwachungsziele haben oder haben könnten. Das betrifft insbesondere die Auswirkungen der Planung und Bauerrichtung auf die Kosten der Baumaßnahme (einschließlich Kostenentwicklungen während der Planung und Bauerrichtung), die Betriebs- und Unterhaltungskosten und die terminlichen Auswirkungen einschließlich der Terminfortschreibung während der Planung und Bauausführung.

Der Ingenieur hat als Planer der Anlagen der Technischen Ausrüstung bei allen beauftragten Leistungen selbständig und unaufgefordert Abstimmungen mit dem beauftragten Objektplaner durchzuführen und dessen Planungsinhalte mit seiner Planung abzustimmen und bei seiner Planung entsprechend umzusetzen. Auf Auswirkungen dieser Objektplanung auf die Planung der Technischen Ausrüstung, insbesondere den damit einhergehenden Kosten, der Wirtschaftlichkeit der Gesamtplanung und der möglichen Dauer der Ausführung hat der Ingenieur fortlaufend zu achten und den beauftragten Objektplaner wie den Bauherren darauf jeweils schriftlich hinzuweisen.

Der Ingenieur hat in jeder Phase der Planung und bei jeder Leistungserbringung die wirtschaftlichen Interessen des Bauherrn zu beachten und zu berücksichtigen und so wirtschaftlich wie möglich zu leisten.

Wird erkennbar, dass der vereinbarte Werkerfolg, Planungs- oder Überwachungsziele, Kosten, Termine, Quantitäten und Qualitäten und sonstige Vorgaben des Bauherrn nicht oder nicht mehr erreicht werden können, hat der Ingenieur darauf unverzüglich schriftlich hinzuweisen und Handlungsalternativen aufzuzeigen, wie diese Vorgaben einzeln und insgesamt wieder oder so weit wie möglich erreicht werden können.

Zu diesen Leistungen gehört auch die **rechtzeitige Erörterung** der einzelnen Grundleistungen (einschl. der dazu weiter beauftragten Leistungen) und deren **Ergebnisse** nach Abschluss jeder LPH (bei der LPH 5 bereits vor Fortschreiben der Ausführungsplanung auf den Stand der Ausschreibungsergebnisse und der dann vorliegenden Ausführungsplanung des Objektplaners und vor Prüfen und Anerkennen der Werkstattpläne der ausführenden Unternehmen / bei LPH 7 vor Prüfung der Angebote für Änderungs- und Zusatzleistungen) sowie die fortlaufende Kostenkontrolle und Darstellung der Kostenentwicklung, so dass der Bauherr diese prüfen und gegebenenfalls nach Hinweis und Aufklärung durch den Ingenieur aus seiner Sicht notwendige Änderungen anordnen und steuern kann. Das schließt eine fortlaufende Kostenermittlung, Kostenfortschreibung und Kostenkontrolle und die Darstellung der Kostenrisiken, die dem Bauherrn jeweils fortgeschrieben unverzüglich als verfeinerte Kostenzusammenstellung für jede Anlage der Technischen Ausrüstung zur Verfügung zu stellen sind, mit ein. Veränderungen sind zu dokumentieren (insbesondere bezogen auf den vereinbarten Werkerfolg, die Planungs- und Überwachungsziele, die vereinbarten Termine und die Herstellungs-, Betriebs- und Unterhaltungskosten der Anlagen der Technischen Ausrüstung). Das gilt auch bei einer sukzessiven Ausschreibung einzelner Gewerke.

Auf Einsparungs- und Steuerungsmöglichkeiten hat der Ingenieur bei jeder Leistung und innerhalb jeder der beauftragten Leistungsstufen den Bauherren unverzüglich und rechtzeitig schriftlich hinzuweisen.

Kostenersparnisse bei den Baukosten dürfen aber nicht zu Lasten von Betriebs- und Unterhaltungskosten erzielt werden. Etwas anderes gilt dann, wenn der Bauherr über die Auswirkungen von dem Ingenieur vollumfänglich aufgeklärt wurde und der Bauherr der Änderung schriftlich zugestimmt hat.

2.1.1.3 Eingehende Rechnungen sind unverzüglich auf ihre Prüffähigkeit zu prüfen und wenn prüffähig mit dem entsprechenden Feststellungsvermerk

- ☐ fachtechnisch und rechnerisch geprüft
- ☐ sachlich (schließt die fachtechnische Prüfung ein) und rechnerisch geprüft

zu versehen. Nicht prüffähige Rechnungen sind unverzüglich mit entsprechender Begründung zurückzugeben.

Der Ingenieur hat bei der Vorlage von Rechnungen der ausführenden Unternehmen beim Auftraggeber folgende Fristen einzuhalten:

- Abschlagsrechnungen: _____ Kalendertage
- Teil-/Schlussrechnungen: _____ Kalendertage

2.1.1.4 Der Ingenieur darf insbesondere die nach diesem Vertrag vereinbarte Kostenobergrenze **nicht überschreiten**. Wird für ihn eine Kostenüberschreitung erkennbar, hat er dies dem Bauherrn unverzüglich schriftlich mitzuteilen und schriftlich zu begründen und die Genehmigung für die weitere Durchführung des Bauvorhabens einzuholen. Die Verpflichtungen aus § 2.1.1.2 gelten uneingeschränkt auch hier.

2.1.1.5 Der Ingenieur ist auch verpflichtet zu prüfen und den Bauherrn zu beraten, ob es **öffentliche** (durch Europa, Bund, Länder etc.) **oder kirchliche Fördermöglichkeiten** gibt (bezogen auf die Anlagen der Technischen Ausrüstung und in enger Abstimmung mit dem beauftragten Objektplaner).

Bei der Beantragung und Beschaffung dieser Fördermittel hat der Ingenieur den Bauherrn zu unterstützen. Er hat seine Leistungen so zu erbringen, dass eine Förderung nicht in irgendeiner Form beeinträchtigt wird.

- 2.1.1.6** Sämtliche Bedenken gegen Weisungen, Wünsche, Anordnungen oder sonstige Erklärungen des Bauherrn oder der kirchlichen Aufsicht hat der Ingenieur unverzüglich schriftlich bei dem Bauherrn anzumelden (Bedenken gegen die Objektplanung eingeschlossen). Bedenken, die nicht unverzüglich schriftlich gerügt worden sind, können später nicht mehr geltend gemacht werden. Das gilt insbesondere dann, wenn damit Auswirkungen auf den vereinbarten Werkerfolg, die Planungs- und Überwachungsziele und die vereinbarten Beschaffenheiten verbunden sind, die schriftlich aufzuzeigen sind.
- 2.1.1.7** Der Ingenieur ist bis zum Ende der Verjährung nach § 12 verpflichtet, dem Bauherrn sowie dessen Aufsichtsorganen über die von ihm erbrachten Leistungen Auskunft ohne besondere Vergütung zu geben und Einblick in seine Unterlagen zu gewähren sowie ihn bei der Durchsetzung eventueller Ansprüche gegen andere an der Planung und dem Bauvorhaben Beteiligte zu unterstützen. Gleiches gilt für die Abwehr von Ansprüchen Dritter gegen den Bauherrn.
- 2.1.1.8** Der Ingenieur hat den Bauherrn bezogen auf die Anlagen der Technischen Ausrüstung über die Notwendigkeit des Einsatzes von fachlich Beteiligten rechtzeitig vor deren notwendiger Beauftragung zu beraten und die von ihnen erbrachten Leistungen fachlich und zeitlich zu koordinieren, mit seinen Leistungen abzustimmen und in diese einzuarbeiten und zu integrieren. Hat der Ingenieur Bedenken gegen Art und Weise der Leistungen der anderen an der Planung und am Bau fachlich Beteiligten, hat er den Bauherrn rechtzeitig schriftlich darauf hinzuweisen und einen Lösungsvorschlag zu unterbreiten. Er trägt gemeinsam mit den fachlich Beteiligten und Fachingenieuren (auch mit den nach § 4.2.0 durch den Bauherrn bereits beauftragten Beteiligten und Fachingenieuren) und den beauftragten Bauunternehmern die Verantwortung für das nach dem Vertrag geschuldete, mangelfreie Werk und das Erreichen der Planungs- und Überwachungsziele.
- 2.1.1.9** Der Ingenieur ist in jeder Leistungsphase und neben den spezifischen Leistungspflichten nach § 2.2 dieses Vertrags verpflichtet, zur **Dokumentation** seines Auftrags und seiner Leistungen folgende Unterlagen zu führen und vorzulegen (nachfolgende Beispiele für einzelne Leistungsphasen):
- Bautagebuch des Ingenieurs
 - Dokumentation von Fristen
 - Dokumentation von Mängeln, deren Verfolgung und deren Beseitigung (vor und nach Abnahme)
 - Controllingunterlagen, wie z.B.:

Die Dokumentation des Bauablaufs hat zusätzlich durch ein mindestens wöchentliches Protokoll zur Bauberatung zu erfolgen (bezogen auf die Anlagen der Technischen Ausrüstung und in Abstimmung und im Benehmen mit dem beauftragten Objektplaner). Diese Leistung ist im Rahmen der Grundleistungen der Bauüberwachung abgegolten. Das Protokoll muss mindestens folgende Informationen enthalten: Ort, Datum, Uhrzeit, Wetter (Baustelle), Auflistung der Namen der Beratungsteilnehmer und deren Funktion, aktuelle Festlegungen mit Angaben zu Verantwortlichkeiten und Terminen und dazu, wer die Festlegungen getroffen hat, Wiederaufnahme von Punkten aus vorangegangenen Protokollen mit einer aktuellen Angabe zum Status, Termine. Die wöchentlichen Bauprotokolle sind so zu formulieren, dass sie den Bauablauf und die jeweiligen Festlegungen zweifelsfrei dokumentieren und als langfristige Informationsquelle für eine Archivierung geeignet sind.

Der **Bauherr** kann die Verwendung der durch ihn vorgegebenen Formulare und Darstellungen verlangen.

2.1.1.10 In qualitativer Hinsicht wird vereinbart:

Die Leistungen des Ingenieurs müssen neben den vereinbarten Beschaffenheiten und Vorgaben (einschl. der vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele) den allgemein anerkannten Regeln der Baukunst und Technik sowie den geltenden einschlägigen Vorschriften entsprechen. Er hat das berufsgenossenschaftliche Regelwerk, das staatliche Arbeitsschutzrecht sowie die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften zu beachten. Die Ergebnisse der bauphysikalischen und bauchemischen Forschung sowie Anforderungen der Wirtschaftlichkeit, des Umwelt- und Ressourcenschutzes sind erkennbar einzubeziehen und zu berücksichtigen. Die sonstigen Verpflichtungen aus diesem Vertrag bleiben davon unberührt.

2.1.1.11 Die vom Ingenieur vorzulegenden Zeichnungen, Beschreibungen einschließlich der Leistungsverzeichnisse und der Berechnungen sind dem Bauherrn und dem Objektplaner, der die Leistungen des Ingenieurs in seine Objektplanung integrieren muss, in kopier- und pausfähiger Form vorzulegen sowie in digitaler Form auf Datenträger zu übergeben.

Sofern nichts anderes vereinbart wurde, erfolgt die Vorlage aller Unterlagen im .pdf-Format und zusätzlich:

- für Zeichnungen: im .dwg- bzw. .dxf-Format
- für Beschreibungen im .docx-Format
- für Berechnungen im jeweiligen bearbeitbaren Dateiformat (z.B. .xls-Format)
- für Leistungsverzeichnisse im jeweiligen bearbeitbaren Dateiformat / GEAB 90 (d81 – Leistungsverzeichnis, d82 – Kostenansatz, d83 – Angebotsaufforderung; in jedem Falle aber so, dass die Leistungen ausgeschrieben und Angebote eingeholt werden können)
- für Terminpläne im jeweiligen bearbeitbaren Dateiformat (z.B. .xls- bzw. .mpp-Format)
- Bildformate im .tif- bzw. .jpg-Format
- Präsentationen im jeweiligen bearbeitbaren Dateiformat (in jedem Falle .ppt) und .pdf Format

Die Vorlage in Papierform erfolgt in 2-facher Ausfertigung.

Abweichend davon in _____-facher Ausfertigung.

Die Kosten hierfür sind mit den vereinbarten Nebenkosten erfasst und abgebolten.

2.2 Spezifische Leistungspflichten

2.2.1 Grundleistungen aus der Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“

Der Ingenieur verpflichtet sich zur Herstellung des in § 1 beschriebenen Werkerfolgs und zur Erreichung der vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele. Hierfür schuldet er alle nach dem jeweiligen Stand der Planung und Ausführung des Bauwerkes erforderlichen Leistungen, die in jedem Falle die in der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** eingestellten und beauftragten Grundleistungen umfassen, sowie die uneingeschränkte Nutzbarkeit des Werks.

Diese Leistungsvereinbarung bezieht sich auf die in den §§ 1.1.0 und 1.4.0 vereinbarten Anlagen der Technischen Ausrüstung und den nach § 1.4.0 beauftragten Leistungsumfang (bei stufenweiser Beauftragung bezogen auf die jeweilige Leistungsstufe).

Werden nicht alle Leistungsphasen vereinbart, gilt für das vereinbarte Honorar nach § 5 der Honoraranteile als vereinbart, der auf die vollständig vereinbarten Leistungsphasen entfällt und in der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** ausgewiesen ist (§ 8 Abs. 1 HOAI).

Werden nicht alle Grundleistungen einer Leistungsphase übertragen, gilt für das vereinbarte Honorar nach § 5 der Honoraranteile als vereinbart, der anteilig auf die beauftragten Grundleistungen entfällt und in der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** ausgewiesen ist (§ 8 Abs. 2 HOAI).

Die Bewertung der einzelnen Grundleistungen einer Leistungsphase und der einzelnen Leistungsphasen wird auf Grundlage der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** vereinbart (bezogen auf den jeweils vereinbarten Vertragsgegenstand).

Sind Leistungen nach Satz 1 und 2 dieser Regelung nicht erforderlich, um die vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele und den Werkerfolg zu erreichen, besteht Einvernehmen, dass sich das vereinbarte Honorar anteilig reduziert, und zwar für die nicht erforderliche Leistung in dem Umfang (mit dem Honoraranteil), der in Anlage „**Leistungsbild Technische Ausrüstung**“ für die nicht erforderliche Leistung ausgewiesen ist (§ 8 Abs. 2 HOAI).

2.2.2 Besondere Leistungen aus der Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“

Der Ingenieur verpflichtet sich außerdem, die in der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** eingestellten Besonderen Leistungen zu den vereinbarten Grundleistungen nach § 1.4.0 zu erbringen, um den vereinbarten Werkerfolg und die Planungs- und Überwachungsziele zu erreichen.

Werden beauftragte Besondere Leistung nicht erbracht, gilt für das vereinbarte Honorar nach § 5, dass der Honoraranteil, der auf die nicht erbrachten Besonderen Leistungen entfällt, nicht zu vergüten ist.

2.2.3 Weitere notwendige Leistungen

Sollten zur Herstellung des Werkerfolgs und zur Erreichung der vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele weitere Leistungen für die Anlagen der Technischen Ausrüstung nach diesem Vertrag notwendig sein (§ 650 p Abs. 1 BGB), die nicht ausdrücklich bei den Grundleistungen benannt oder als Grundleistungen und Besondere Leistung vereinbart sind, so sind diese Leistungen gleichwohl geschuldet. Hierfür gilt §14.

§ 3 Termine und Fristen

3.1. Die nachstehenden Fristen gelten als Vertragsfristen:

Der Ingenieur hat seine Leistungen so zu erbringen, dass die o.g. Fristen eingehalten werden.

3.2. Sind keine Vertragsfristen vereinbart, werden die Fristen und Termine Vertragsbestandteil, die im Rahmen der vereinbarten Grundleistung durch den Ingenieur in Abstimmung mit dem beauftragten Objektplaner zu erstellen sind, vorausgesetzt, die dort eingestellten Fristen und Termine sind mit dem Bauherrn im Planungsprozess vereinbart oder die Fristen entsprechen dem, was für die Ausführung der zu planenden / zu errichtenden Baumaßnahmen üblich ist. Ansonsten gilt, dass die vereinbarten und beauftragten Leistungen innerhalb der Zeiträume zu erbringen sind, die man üblicherweise für die Ausführung der Leistung ansetzen kann und muss.

3.3. Der Ingenieur hat an der Fortschreibung der Terminpläne, die der Objektplaner erstellt, mitzuwirken. Stellt sich bei der Fortschreibung heraus, dass vereinbarte oder ursprünglich in den Bauzeitenplan eingestellte Termine nicht mehr einzuhalten sind, ist das auch von dem Ingenieur dem Bauherrn unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Der Ingenieur ist verpflichtet, schriftlich Handlungsalternativen bezogen auf die ihm obliegenden Leistungen aufzuzeigen, die es möglich machen, den ursprünglichen Termin ganz oder so weit wie möglich wieder einzuhalten.

3.4. Der Bauzeitenplan für die Anlagen der Technischen Ausrüstung ist durch den Ingenieur unverzüglich und spätestens mit Beginn der Erstellung der Ausführungsplanung vorzulegen und anschließend mit jeder weiteren Vergabe und bis zur vollständigen Fertigstellung und Abnahme aller Bauleistungen fortzuschreiben.

Stellt sich bei der Fortschreibung heraus, dass vereinbarte oder ursprünglich in den Bauzeitenplan eingestellte Termine nicht mehr einzuhalten sind, ist das von dem Ingenieur dem Bauherrn unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Der Ingenieur ist verpflichtet, schriftlich Handlungsalternativen aufzuzeigen, die es möglich machen, den ursprünglichen Termin ganz oder so weit wie möglich wieder einzuhalten.

Von dieser Vereinbarung bleiben die allgemeinen und spezifischen Leistungsverpflichtungen des Ingenieurs unberührt, wobei die hier eingestellten Leistungen mit der Vergütung nach § 5 erfasst und abgegolten werden.

§ 4 Aufgaben des Bauherrn

4.1.0 Der Bauherr fördert die Planung und Durchführung der Bauaufgabe, insbesondere wird er alle anstehenden Fragen auf berechtigtes Verlangen des Ingenieurs so schnell wie möglich entscheiden.

4.2.0 Die notwendigen fachlich Beteiligten werden nach Beratung durch den Ingenieur und die kirchliche Aufsichtsbehörde vom Bauherrn beauftragt. Bereits bei Vertragsabschluss steht fest, dass folgende fachlich Beteiligte beauftragt werden:

Objektplanung

Bodengutachten / Gründungsberatung

Tragwerksplanung (Statik)

restauratorisches Befundgutachten

Holzschutzgutachten

Koordinierung von Sicherheit und Gesundheitsschutz (SiGeKo)

andere:

Nach Vertragsschluss können weitere fachlich Beteiligte beauftragt werden, deren Leistungserbringung in technischer wie zeitlicher Hinsicht der Ingenieur im Benehmen und nach Abstimmung mit dem beauftragten Objektplaner in seine Leistungen integrieren muss. § 2.1.1.8 gilt unabhängig davon auch in diesen Fällen.

§ 5 Vergütung

5.1. Grundleistungen

Für die vereinbarten Grundleistungen nach diesem Vertrag wird eine Vergütung vereinbart von:

☐ **Alternative 1**

Die anrechenbaren Kosten der Anlagengruppen _____ werden gemäß § 54 Absatz 2 HOAI für folgende Gebäude / Freianlagen/ Ingenieurbauwerke:

zusammengefasst; im Übrigen getrennt voneinander ermittelt.

☐ **Basishonorarsatz** nach HOAI

Für alle Anlagen der Technischen Ausrüstung, soweit in diesem Vertrag nicht ausdrücklich anders vereinbart

☐ **Basishonorarsatz** nach HOAI zzgl. _____% bis zum oberen Honorarsatz HOAI für die Anlagen der Anlagengruppe

Anlagen der Anlagengruppe _____

.....

.....

.....

.....

Die Vertragsparteien gehen bei Vertragsabschluss übereinstimmend davon aus, dass unter Berücksichtigung des Werkerfolges und der vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele die Anlagen folgender Anlagengruppen den folgenden Honorarzonen zugeordnet werden:

Nr.	Anlagengruppe	Honorarzone
1	Abwasser-,Wasser- und Gasanlagen	
2	Wärmeversorgungsanlagen	
3	Lufttechnische Anlagen	
4	Starkstromanlagen	
5	Fernmelde- und Informationstechnische Anlagen	
6	Förderanlagen	
7	Nutzungsspezifische und verfahrenstechnische Anlagen	
8	Gebäudeautomation	

Wenn mehrere Anlagengruppen mit unterschiedlichen Von-Hundert-Sätzen beauftragt werden sollen, wird dies in der Anlage 2 – „Leistungsbild Technische Ausrüstung“ in der dortigen Übersicht festgehalten.

Die Parteien sind sich weiter darüber einig, dass **mitverarbeitete Bausubstanz** gemäß § 2 Abs. 7 HOAI nach § 4 Abs. 3 HOAI

☐ **nicht mitberücksichtigt** wird

☐ **mitberücksichtigt** wird, und zwar bei den Anlagen

Nr.	Anlagengruppe	Anrechnung (konkrete Summe)
1	Abwasser-,Wasser- und Gasanlagen	
2	Wärmeversorgungsanlagen	
3	Lufttechnische Anlagen	
4	Starkstromanlagen	
5	Fernmelde- und informationstechnische Anlagen	
6	Förderanlagen	
7	Nutzungsspezifische und verfahrenstechnische Anlagen	
8	Gebäudeautomation	

☐ Es wird ein **Umbau- / Modernisierungszuschlag** vereinbart von (wenn bei den Anlagen der Technischen Ausrüstung die Voraussetzungen § 2 Abs. 5 / 6 HOAI erfüllt sind)

Nr.	Anlagengruppe	Umbau- / Modernisierungszuschlag
1	Abwasser-,Wasser- und Gasanlagen	
2	Wärmeversorgungsanlagen	
3	Lufttechnische Anlagen	
4	Starkstromanlagen	
5	Fernmelde- und informationstechnische Anlagen	
6	Förderanlagen	
7	Nutzungsspezifische und verfahrenstechnische Anlagen	
8	Gebäudeautomation	

- ☐ Es wird ein **Instandsetzungs- / Instandhaltungszuschlag** für die Grundleistungen der LPH 8 vereinbart von (wenn bei den Anlagen der Technischen Ausrüstung die Voraussetzungen § 2 Abs. 8 / 9 HOAI erfüllt sind)

Nr.	Anlagengruppe	Zuschlag LPH 8 (max. 50%)
1	Abwasser-,Wasser- und Gasanlagen	
2	Wärmeversorgungsanlagen	
3	Lufttechnische Anlagen	
4	Starkstromanlagen	
5	Fernmelde- und informationstechnische Anlagen	
6	Förderanlagen	
7	Nutzungsspezifische und verfahrenstechnische Anlagen	
8	Gebäudeautomation	

Auf das so vereinbarte Honorar wird ein

- ☐ **Abschlag**

- ☐ **Zuschlag**

vereinbart von ____%.

Alternative 2

- ☐ Es wird ein Honorar für die Grundleistungen der Gesamtleistung als Pauschalbetrag vereinbart von _____ €

Für die prozentuale Bewertung der beauftragten Grundleistungen einer Leistungsphase gilt die jeweilige **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** (§ 2.2.1).

5.2 Besondere und sonstige Leistungen

Für die Besonderen und sonstigen Leistungen nach diesem Vertrag wird folgende Vergütung vereinbart:

Alternative 1

- ☐ Es wird hierfür ein prozentualer Anteil des auf die vereinbarten Grundleistungen entfallenden Honorars vereinbart, der in **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** eingestellt ist.

Alternative 2

- ☐ Es wird ein Pauschalhonorar vereinbart, das in **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“** eingestellt ist.

5.3 Aufwandshonorare und Stundensätze

Werden bei der Abwicklung des Vertrages für Leistungen Aufwandshonorare vereinbart, werden bereits jetzt folgende Stundensätze vereinbart:

a) beauftragter Ingenieur	_____ €
b) Technische Mitarbeitende (Dipl.-Ing.)	_____ €
c) Technische Mitarbeitende (Bautechniker, Bauzeichner)	_____ €
d) Hilfs- und Schreibkräfte	_____ €

Die Stunden sind arbeitstäglich in Stundenzetteln schriftlich zu erfassen. Dort sind Beginn und Ende der Tätigkeit und die konkrete Tätigkeit für jede Person / Mitarbeiter getrennt einzustellen (einschließlich der Pausenzeiten). Diese Stundenzettel sind wöchentlich dem Bauherrn zur Prüfung zu übergeben. Erfolgt die Übergabe zu spät oder sind die Stundenzettel unvollständig, gehen Nachteile daraus ausschließlich zulasten des Ingenieurs. In der Unterzeichnung von Stundenzetteln durch den Bauherrn liegt kein Anerkenntnis.

5.4 Allgemeine Leistungspflichten und denkmalrechtliche Genehmigung

Der Aufwand für einen etwa erforderlichen Antrag auf denkmalrechtliche Genehmigung ist mit den hier vereinbarten Honoraren erfasst und abgegolten.

Der Aufwand für die Allgemeinen Leistungspflichten und die übrigen, mit diesem Vertrag eingegangenen Verpflichtungen ist ebenfalls bei den vereinbarten Honoraren berücksichtigt und von diesen erfasst und abgegolten.

5.5 Nicht erbrachte / nicht notwendige Leistungen

Werden vereinbarte Leistungen nicht erbracht oder sind diese tatsächlich nicht erforderlich, um den vereinbarten Werkerfolg und die Planungs- und Überwachungsziele zu erreichen, besteht Einvernehmen, dass dann der Honoraranteil, der auf diese Leistungen entfällt, von dem Bauherrn nicht vergütet werden muss. Hier gilt das in den §§ 2.2.1 – 2.2.2 jeweils Vereinbarte zu der Honorarreduzierung. Etwas anderes gilt dann, wenn der Ingenieur noch zur Nacherfüllung berechtigt ist und die Nacherfüllung noch möglich und für den Bauherrn von Interesse ist.

5.6 Nebenkosten

Nebenkosten gemäß § 14 Abs. 2 HOAI werden

- ☐ nicht erstattet.
- ☐ pauschal in Höhe von _____ %
des Honorars (ohne MWSt.) erstattet.
- ☐ pauschal zum Festpreis in Höhe von _____ € netto
erstattet.

5.7 Umsatzsteuer

Die vereinbarten Honorare

- ☐ enthalten die Umsatzsteuer
- ☐ sind vereinbart zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer

5.8 Anrechnung von Vorvergütungen

Die für _____

vom (Datum) _____

gezahlte Vergütung in Höhe von _____ €

wird auf die nach diesem Ingenieurvertrag zu zahlende Vergütung für die beauftragten Leistungen angerechnet.

§ 6 Zahlungen

- 6.1** Für Abschlags- und die Schlusszahlung gelten die gesetzlichen Regelungen (§§ 650 q Abs. 1, 632 a und § 650 g Abs. 4 BGB).
- 6.2** Für den Fall einer Überzahlung verzichtet der Ingenieur auf die Einrede des Wegfalls der Bereicherung.
- 6.3** Mit der Zahlung von Abschlags- und einer Teil- bzw. Schlussrechnung ist ein Anerkenntnis einer Rechtspflicht nicht verbunden. Wegen des Prüfungsvorbehalts der Kirchengemeinde unterliegen alle Rechnungen und Zahlungen der Rechnungsprüfung. Zahlungen stehen deshalb insgesamt unter diesem Prüfungs- und Rückforderungsvorbehalt.

§ 7 Vergabe

Die Auswahl der Art der Vergabe, die Auswahl der Unternehmer für die Ausführung des Bauwerks und die Entscheidung über die Vergabe trifft der Bauherr im Benehmen mit dem Ingenieur unter Einhaltung der landeskirchlichen Vorschriften und etwaiger, gegebenenfalls vorrangiger Förderrichtlinien. In diesem Zusammenhang hat der Ingenieur eine umfassende Hinweis- und Aufklärungspflicht. Hat er Bedenken gegen die vorgesehene Art und Weise der Vergabe, hat er darauf schriftlich hinzuweisen und die Bedenken zu begründen.

§ 8 Haftpflichtversicherung des Ingenieurs

- 8.1.0** Der Ingenieur muss auf eigene Kosten eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachweisen. Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz für alle im Vertrag vereinbarten Leistungen in Höhe der im Vertrag genannten Mindest-Deckungssummen besteht. Als Mindest-Deckungssumme wird vereinbart

a) für Personenschäden _____ €

b) für sonstige Schäden _____ €

- 8.2.0** Der Nachweis der Haftpflichtversicherung ist bei Vertragsabschluss vorzulegen und dem Vertrag beizufügen. Ohne Nachweis mit den vereinbarten Deckungssummen hat der Ingenieur keinen Anspruch auf Auszahlung einer Vergütung nach § 6.

§ 9 Herausgabeanspruch des Bauherrn

Die vom Ingenieur gefertigten und beschafften Unterlagen sind dem Bauherrn unabhängig von den Verpflichtungen nach § 2.1.1.11 noch einmal vollständig in Ordner/n systematisch geordnet spätestens bei Abnahme zu übergeben. Die Übergabe dieser Unterlagen ist Voraussetzung für die Abnahme.

Erstreckt sich die Beauftragung auf die Grundleistungen der LPH 8 und 9 erfolgt die Übergabe spätestens nach Abnahme der letzten Bauleistungen.

Der Bauherr kann auch davor schriftlich die Übergabe von schriftlichen Vertragsleistungen (alternativ in der veränderten digitalen Form) verlangen. Die hierbei entstehenden Kosten sind mit den Nebenkosten erfasst und abgegolten.

§ 10 Kündigung des Vertrages

- 10.1** Die Kündigung des Vertrages ist jederzeit möglich. Bei einer Kündigung wegen angeblicher Vertragsverletzung soll vor dem Ausspruch der Kündigung eine angemessene Nachfrist mit Kündigungsandrohung gesetzt werden.

- 10.2** Wird aus einem Grund gekündigt, den der Ingenieur nicht zu vertreten hat, gilt § 648 BGB. Die Darlegungs- und Beweislast für einen Vergütungsanteil, der über der gesetzlichen Vermutung in § 648 Satz 3 BGB liegt, obliegt dem Ingenieur. Die Darlegungs- und Beweislast dafür, dass bei einer solchen Kündigung der Anteil geringer ist als die gesetzliche Vermutung, obliegt dem Bauherrn.

- 10.3** Hat der Ingenieur den Kündigungsgrund zu vertreten und bei einer Kündigung aus wichtigem Grund nach § 648 a BGB, sind nur die bis dahin vertragsmäßig erbrachten, in sich abgeschlossenen, brauchbaren und nachgewiesenen Einzelleistungen mit dem auf sie entfallenden Vergütungsanteil der insgesamt vereinbarten Vergütung zu vergüten und die für diese nachweisbar entstandenen notwendigen Nebenkosten zu erstatten.

Schadensersatzansprüche des Bauherrn bleiben in diesem Falle - gleich aus welchem Grund - unberührt.

- 10.4.** Die vorzeitige Beendigung des Vertrags berührt die übrigen Rechte und Pflichten dieses Vertrages nicht. Der Ingenieur hat den Leistungsstand so zu dokumentieren und seine Leistungen so abzuschließen, dass die Weiterführung der Leistung durch den Bauherrn oder einen Dritten nach der Kündigung problemlos möglich ist.

§ 11 Abnahme

- 11.1 Die Abnahme der technischen Ausrüstung erfolgt grundsätzlich förmlich.
- 11.2 Über die Abnahme ist jeweils eine Niederschrift zu erstellen, in der die Teilnehmer, das Ergebnis der Abnahme und die zu behebenden Mängel aufgeführt werden. Die Niederschrift ist vom Bauherrn, vom Ingenieur und gegebenenfalls von den fachlichen Beteiligten zu unterschreiben.
- 11.3. Die Rechte des Ingenieurs nach § 640 Abs. 2 BGB und § 650 g Abs. 1 - 3 BGB bleiben von diesen Vereinbarungen unberührt.
- 11.4 Eine Abnahme durch konkludentes Verhalten - etwa durch Ausgleich einer Teil- oder Schlussrechnung - wird ausgeschlossen. Auch ein Verzicht auf die förmliche Abnahme durch schlüssiges Verhalten wird ausgeschlossen. Ein Verzicht auf die förmliche Abnahme ist nur dann möglich, wenn dies vom Bauherrn ausdrücklich und schriftlich erklärt wird.

§ 12 Verjährung

Für die Verjährung der wechselseitigen Ansprüche aus dem Vertrag gelten die gesetzlichen Vorschriften.

§ 13 Vollmacht und Vertretung / Personaleinsatz des Auftragnehmers

Soweit es seine Aufgabe erfordert, ist der Ingenieur berechtigt und verpflichtet, die Rechte des Bauherrn zu wahren. Finanzielle Verpflichtungen geht der Ingenieur in keinem Fall ein, auch nicht z.B. bei Nachtragsaufträgen. Das obliegt allein dem Bauherrn. Rechtsgeschäftlich verbindliche Erklärungen darf der Ingenieur für den Bauherrn nicht abgeben.

Ansprechpartner bei dem Ingenieur und zur Vertretung des beauftragten Ingenieurs berechtigt sind:

Name: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

E-Mail: _____

Dieser Ansprechpartner und Vertreter darf nur mit Zustimmung des Bauherrn ausgetauscht werden. Die Zustimmung muss erteilt werden, wenn es dafür unternehmerische Gründe gibt, die der Ingenieur nicht zu vertreten hat und die neuen Personen bei dem Ingenieur beschäftigt sind und über die gleiche berufliche Qualifikation und Erfahrung wie die bisherigen Personen verfügen und ein wichtiger Grund zur Ablehnung nicht vorliegt.

§ 14 Änderungs- und Zusatzleistungen

- 14.1 Verlangt der Bauherr gegenüber dem Ingenieur eine Änderung des vereinbarten Werkerfolgs oder eine Änderung oder Leistung, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs notwendig ist, ist der Ingenieur verpflichtet, dem Bauherrn unverzüglich ein schriftliches Angebot über die Mehr- oder Mindervergütung vorzulegen; bei einer Änderung des vereinbarten Werkerfolgs jedoch nur, soweit die Ausführung der Änderung zumutbar ist. Macht der Ingenieur betriebsinterne Umstände für die Unzumutbarkeit der Änderung oder der Ausführung geltend, trägt er dafür die Darlegungs- und Beweislast. Aus dem Angebot des Ingenieurs müssen sich Art und Umfang der

geänderten oder zusätzlichen Leistungen sowie die geänderte oder zusätzlich angebotene Vergütung ergeben. Der Ingenieur ist außerdem verpflichtet, vollständig über die Auswirkungen der Änderung hinzuweisen. Insofern gilt das, was in § 2.1, insbesondere § 2.1.1.2, vereinbart ist (Hinweis- und Aufklärungspflichten, insbesondere bezüglich der Auswirkungen der Änderung auf die Kosten und Termine).

- 14.2** Die Vertragsparteien streben Einvernehmen über die Änderung und die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütung an, wobei die Vereinbarung von Aufwandshonoraren möglich ist. Dann gilt § 5.3.
- 14.3** Erzielen die Vertragsparteien spätestens innerhalb von 30 Kalendertagen nach Zugang des Änderungsbegehrens des Bauherrn beim Ingenieur keine Einigung nach § 14.2, kann der Bauherr die Änderung in Textform anordnen. Der Ingenieur ist verpflichtet, der Anordnung nachzukommen; bei einer Änderung des vereinbarten Werkerfolgs aber nur, soweit ihm die Ausführung zumutbar ist.
- 14.4** Dem Bauherrn steht ein Anordnungsrecht ohne Einhaltung einer Frist zu, soweit
- 14.4.1** der Ingenieur ein Angebot nach § 14.1 nicht rechtzeitig vorgelegt hat oder
- 14.4.2** nach Vorlage des Angebotes eine Einigung nach § 14.2 endgültig gescheitert ist oder
- 14.4.3** der Ingenieur die Vorlage eines Angebotes endgültig verweigert hat oder
- 14.4.4** die Ausführung der Änderung vor Ablauf der Einigungsfrist unter Abwägung der wechselseitigen Interessen dem Ingenieur zumutbar ist; der Ablauf der Einigungsfrist ist dem Ingenieur in der Regel zumutbar, soweit die Anordnung nur zu einer unwesentlichen Änderung des vereinbarten Werkerfolgs führt und die Bau-, Planungs- und Projektabläufe nur unwesentlich beeinträchtigt sind oder Gefahr in Verzug ist.
- 14.5** Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung nach § 14.3 wird vereinbart, dass dann, wenn es sich bei den Änderungs- und Zusatzleistungen um Grundleistungen gem. § 3 Abs. 2 HOAI handelt und eine Vergütung der Grundleistungen nach **Alternative 1** zu § 5 vereinbart wurde, für die Vergütung dieser Änderungs- und Zusatzleistungen die Honorarermittlungs- und Berechnungsgrundlagen nach der HOAI gelten, die für die von Anfang an vereinbarten Grundleistungen vertraglich fixiert worden sind (nach § 5.1, wobei dann für zusätzliche oder wiederholt zu erbringenden Grundleistung die prozentuale Bewertung aus der **Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“ nach § 2.2.1** gilt; werden nur Teile einer Grundleistungen erbracht, reduziert sich der Honoraranteil entsprechend nach § 8 Abs. 2 HOAI).
- Wurde für die Grundleistungen eine Pauschalhonorarvereinbarung nach **Alternative 2** zu § 5 getroffen, gilt ohne eine Einigung über die Vergütung von Änderungs- und Zusatzleistungen, die Grundleistungen oder Teile davon darstellen, § 650 c Abs. 1 BGB. Das Gleiche gilt bei Änderungs- und Zusatzleistungen, die keine Grundleistungen zum Gegenstand haben.
- 14.6** Für die Vergütungsansprüche für Änderungs- und Zusatzleistungen gelten im Übrigen die Regelungen dieses Vertrages (Nebenkosten, Umsatzsteuer, Fälligkeit und Zahlung), soweit bei einer Einigung nach § 14.2 nicht etwas davon Abweichendes vereinbart wurde.
- 14.7** Ergänzend gilt § 650 b BGB.

§ 15 Sicherheitsleistung Ingenieur

Der Bauherr kann ein Verlangen des Ingenieurs nach Sicherheitsleistung gemäß § 650 e BGB abwenden, indem er dem AN eine Bürgschaft in angemessener Höhe anbietet (für die sicherungsfähigen Ansprüche im Sinne von § 650 e BGB).

§ 19 Kirchengaufsichtliche Genehmigung

Dieser Vertrag wird erst mit der kirchengaufsichtlichen Genehmigung wirksam. Dies gilt auch für Änderungen und Ergänzungen des Vertrages, insbesondere für schriftliche Vertragsergänzungen und die Freigabe weiterer Leistungsphasen nach Ziffer 1.4.0 dieses Vertrags; Letzteres jedoch als einfache Erklärung der kirchlichen Aufsichtsbehörde gegenüber dem Bauherrn.

Anlagen:

1. Ausführungsbestimmungen gemäß § 17
 2. Anlage „Leistungsbild Technische Ausrüstung“
 3. Kopie des Versicherungsscheins gemäß § 8
 4. Vorläufige Honorarberechnung vom _____
 5. _____
 6. _____
- ☐ Anlage zu § 1.1.0 Beschreibung des Bauvorhabens und der Planungs- und Überwachungsziele
- ☐ Kostenermittlung vom _____

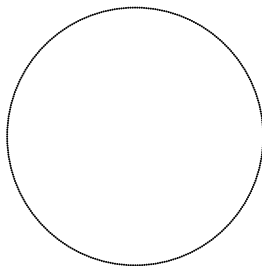
Bauherr:

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift

rechtsverbindliche Unterschrift

rechtsverbindliche Unterschrift

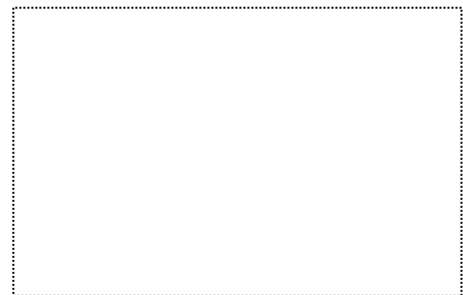


(Siegel)

Ingenieur:

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift



(Stempel)

Prüfungs- und Genehmigungsvermerke der kirchlichen Aufsichtsbehörde:

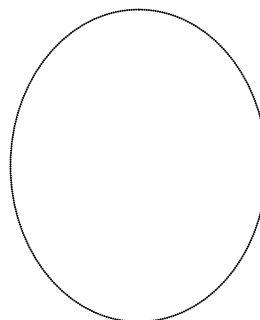
GEPRÜFT

Prüfungshinweise: _____

■ **EVANGELISCHE KIRCHE**
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
■
Konsistorium
Kirchliches Bauamt

Berlin, den _____

(Unterschrift)



(Siegel)

Gz. Az. _____

Kirchengaufsichtlich genehmigt.

■ **EVANGELISCHE KIRCHE**
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
■
Konsistorium

Berlin, den _____

Im Auftrage

(Unterschrift)